

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 1

Artikel: NW-Gespräch mit Danny Wieler : Friede im Nahen Osten ist kein Instant-Produkt
Autor: Wieler, Danny
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144017>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friede im Nahen Osten ist kein Instant-Produkt

«Givat Haviva» ist ein Hoffnungszeichen in der schier ausweglosen Konfrontation der Konfliktparteien im Nahen Osten. Aus diesem Bildungsseminar der Kibbuzbewegung ist ein Zentrum konkreter Friedensarbeit zwischen jüdischen und arabischen, israelischen und palästinensischen Frauen und Männern hervorgegangen. Unter seinen vielfältigen Aktivitäten ragt das Programm «Children Teaching Children» (Kinder lehren Kinder) heraus. Das folgende Gespräch mit Danny Wieler, dem Leiter dieses Begegnungszentrums, hat der Redaktor am 12. November 1996 in Zürich geführt. Red.

Jüdisch-arabische Verständigungsarbeit in Givat Haviva

NW: *Danny Wieler, Du leitest in Israel das Ausbildungs- und Friedenszentrum Givat Haviva für jüdisch-arabische Beziehungen. Kannst Du uns die wichtigsten Stationen in der Entwicklung dieses Zentrums vorstellen.*

Danny Wieler: Das Seminar Givat Haviva wurde 1949 gegründet, also ein Jahr nach der Gründung des Staates Israel. Es war ein Ausbildungsort für *Kibbuzmitglieder*, um sie in die verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben einzuführen, die es damals im Kibbuz gab. Der Name bedeutet «Hügel von Haviva». *Haviva Reik* war eine junge mutige Frau und Mitglied unserer Kibbuzbewegung. Sie hat sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig zur britischen Armee gemeldet, ist mit dem Fallschirm hinter der Frontlinie der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei abgesprungen, um den jüdischen Widerstand organisieren zu helfen. Sie wurde dann von den Nazis gefasst und im Dezember 1944 hingerichtet. Zur Ehre dieser Frau, die versucht hat, im Holocaust etwas Unmögliches zu erreichen, erhielt der Ausbildungsort seinen Namen.

1963 hat Givat Haviva zum ersten Mal angefangen, jüdisch-arabische Verständigungsarbeit zu leisten, wenn auch noch in einem recht kleinen Rahmen. Es gibt heute viele Institutionen, die sich mit diesem

Thema auseinandersetzen, aber Givat Haviva ist unter ihnen die älteste und auch die grösste. 1963 war die arabische Bevölkerung in Israel zwar politisch gleichberechtigt, stand aber gleichzeitig unter *Militär-gesetz*, weil die jüdisch-israelische Bevölkerung in den Arabern eine «fünfte Kolonne» sah, was sich unterdessen natürlich als ganz falsch erwiesen hat.

Givat Haviva hat schon 1963 als *wichtigste Elemente einer Friedenspolitik* erkannt: 1. Um einen Frieden mit arabischen Nachbarn zu schliessen, muss man zuerst einen Frieden mit den arabischen Bürgern und Bürgerinnen von Israel schliessen. 2. Ein Friedensprozess mit den arabischen Nachbarn bedarf der arabischen Israelis als Brückenbauer. Das ist heute ein Teil unserer Arbeit, dass unsere arabisch-israelischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Brücken schlagen zur palästinensischen Seite.

Die dritte Station war die *Intifada* 1989 bis 1993. Damals haben wir unsere Beziehungen zu den Palästinenserinnen und Palästinensern aufgenommen und – obwohl das verboten war – Programme mit ihnen gemacht. Mit dem ersten Abkommen von Oslo 1993 haben wir begonnen, diese Zusammenarbeit auszubauen und zu vertiefen.

«Kinder lehren Kinder»

NW: *Zu Euren wichtigsten Aufgaben gehört das Zweijahresprogramm «Children*

Teaching Children» für jüdische und arabische Schulklassen. Wie lehren und lernen Kinder den Frieden?

Danny Wieler: Ich muss da einen kleinen Exkurs machen: Im israelischen Erziehungssystem sind *jüdische und arabische Schulen getrennt*. Das hat nichts mit Apartheid zu tun, sondern entspricht dem Wunsch beider Völker, die dadurch ihre eigene Identität wahren möchten. Der Nachteil dabei ist, dass man sich nicht trifft. «Kinder lehren Kinder» hat darum zur Aufgabe, Kinder aus jüdischen und aus arabischen Schulen zusammenzubringen. Das *Begegnungsprogramm* ist zwei Jahre lang integrativ in den Unterricht der 5. bis 9. Schulklasse eingebaut. Die Kinder treffen sich alle 14 Tage, das eine Mal fährt die jüdische Schule in die arabische Schule, das andere Mal kommen die Kinder in der jüdischen Schule zusammen. In der Zwischenzeit verarbeiten sie die vorhergehende Begegnung und bereiten die nächste Runde vor. Wichtig für das Programm ist die lange Vorbereitungsphase. Sonst verstärken sich nur die Stereotypen und Ängste. Jede Klasse benötigt für diese Vorbereitung fast ein halbes Jahr. Anschliessend trifft man sich während 1½ Jahren innerhalb dieses Schulprogramms.

NW: Wie hat man sich die Begegnung konkret vorzustellen?

Danny Wieler: Da gibt es alle möglichen Aktivitäten. Sie sollen vor allem *Spass* machen. Es gibt darum auch keine Hausaufgaben. Man fährt mit dem Autobus, kriegt eine leichte Mahlzeit, spielt Fussball, zeichnet sehr viel.

In einer besonderen Einheit werden die Kinder in kleinen Gruppen um ein *grosses Blatt* gesetzt. Sie kriegen grosse Buntstifte zum Zeichnen. Dabei gibt es zwei Bedingungen: Sie dürfen nicht miteinander reden, und sie müssen das ganze Blatt füllen. Darauf malt jedes Kind erst mal den Platz aus, wo es gerade sitzt. Was aber passiert in der Mitte? Es kommt vor, dass die Kinder in der Mitte die Friedenstaube zeichnen oder die palästinensische und die israelische Flagge mit einem Ölzweig verbinden.

Es gibt aber auch Gruppen, wo das, was die eine zeichnet, vom andern überkritzelt wird. Schliesslich entsteht so nur eine Kritzelei, was ein schönes Beispiel ist für den Kern des Konflikts: Wo sind unsere Grenzen, wo respektiere ich die Grenze der andern? Die Bilder werden anschliessend besprochen. Die Lehrerin fragt zum Beispiel: Was habt ihr dabei gefühlt, als plötzlich jemand über eure Zeichnung gekritzelt hat? Die Kinder sind schnell bereit, Lehren zu ziehen. Die Übung lässt sich auf den Friedensprozess übertragen. Die Kinder lehren die Kinder.

NW: Sind die Familien der Kinder auch an diesem Lernprozess beteiligt?

Danny Wieler: Das ist leider immer noch ein Wunschtraum. Um die Eltern einzubeziehen, fehlt uns einfach das Geld.

NW: Die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser schreibt in ihrem Buch «Thymian und Steine»: «Friede entsteht nicht bloss aus dem Unterzeichnen von Abkommen, er erwächst vielmehr aus dem Mosaik zahlloser Bemühungen der Völker selber um ein neues Denken und neue Perspektiven.» Ich habe dieses Zitat auf einem Orientierungsblatt über Givat Haviva gefunden und daraus geschlossen, dass es Euch vor allem um eine zivilgesellschaftliche, grenzüberschreitende Friedenskultur geht.

Danny Wieler: Das Zitat drückt genau das aus, was wir in Givat Haviva glauben. Wir sind ein Erziehungsinstitut und machen die *Basisarbeit*, die sonst noch weitgehend vernachlässigt wird. Das ist der Schlüssel zu einem Frieden, den es noch nicht gibt. Wir sprechen ja deshalb erst von einem *Friedensprozess*. Frieden gibt es nur, wenn jeder Israeli und jeder Palästinenser einen solchen Prozess durchmachen. Darum legen wir unseren Fokus auch auf Kinder, die Generation von morgen. Unser Ideal wäre, dass jedes israelische Kind jüdischer oder arabischer Abstammung in einem solchen Programm mitwirken könnte. Es wäre damit auch besser vorbereitet auf die schmerzlichen Verzichte, die beide Seiten auf sich nehmen müssen.

Israel ist gespalten

NW: Eine traurige Kontrasterfahrung zu Eurem Programm stellt die «Heldenverehrung» für den Mörder Rabins dar. Drei Schulmädchen sollen sogar einen Fan-Club für diesen Mörder gegründet haben. Was geht in diesen jungen Menschen eigentlich vor?

Danny Wieler: Das ist nur die Spitze eines Eisbergs. Israel ist gespalten. Sehr viele Leute finden, dass Rabin Israel an den Abgrund geführt habe. Es ist eingetreten, was nie hätte passieren dürfen: dass es einem Mörder gelingt, den Gang der Geschichte zu ändern. Die Wahlen gingen nach der Mordtat verloren. Aber nicht nur wegen dieser Mordtat, sondern natürlich auch wegen der Bombenattentate der Hamas-Bewegung.

NW: Lea Rabin wirft in einem Spiegel-Interview der Arbeiterpartei vor, dass sie diese gesellschaftlichen Hintergründe der Ermordung ihres Mannes im Wahlkampf nicht thematisiert und den Likud allzu rasch von der Mitschuld an diesem Klima der Gewalt freigesprochen habe.

Danny Wieler: Das stimmt. Die israelische Gesellschaft hat diesen Mord überhaupt nicht verarbeitet. Die Linke hat getrauert, und die Rechte hat gesagt: Wir sind's nicht gewesen. Damit wurde die Sache ad acta gelegt. Als Linke haben wir nicht versucht, Brücken zu bauen zu Leuten, die nicht so denken wie wir. Wir haben uns, einmal an der Regierung, über die Ängste anderer Leute hochnäsig hinweggesetzt. Die Linke hat gewiss keine Schuld an der Ermordung Rabins. Aber sie trägt Verantwortung für eine tiefgreifende Verunsicherung durch den Friedensprozess, die allzu rasch wieder zu einem Machtwechsel bei den Wahlen geführt hat. Dem Durchschnitts-Israeli ging alles viel zu schnell. Die Rechte, die Brutstätte dieses Klimas der Gewalt, fühlt sich durch den Ausgang der Wahlen bestätigt und denkt nicht an eine Verarbeitung dessen, was vorgefallen ist.

NW: Aber wie hätte man Brücken schlagen können in dieser polarisierten israelischen Gesellschaft?

Danny Wieler: Wir sollten zum Beispiel den Glauben der Leute nicht einfach als Aberglauben abtun. Die säkulare Linke hat wenig Verständnis für Religion. Wie überbrückt man das? Man kann vor allem nicht an zwei Fronten kämpfen. Die Linke kann nicht den Friedensprozess vorantreiben und gleichzeitig die Religiösen bekämpfen. Wer es ernst meint mit der Friedensarbeit, muss auch auf Bündnisse mit den religiösen Parteien setzen. Die Kompromisse zugunsten einer religiösen Gesetzgebung, die es dabei zu schliessen gilt, schmerzen mich persönlich. Dafür werden uns die gemäßigten religiösen Parteien im Friedensprozess entgegenkommen. Um des Friedens willen müssen wir Prioritäten setzen und können wir nicht alles auf einmal haben.

Die Illusion einer Pax israelica

NW: Auch die Regierung Netanyahu denkt nicht an einen Brückenschlag zu jenem Teil der israelischen Gesellschaft, der nun in seiner Friedenssehnsucht enttäuscht wird. Unterstützt die israelische Regierung überhaupt noch Givat Haviva?

Danny Wieler: Es gibt Unterstützung für unsere allgemeine Verständigungsarbeit. Das hängt damit zusammen, dass die Israelis in ihrer Mehrheit den Frieden zwar befürworten, aber dafür nichts bezahlen wollen. Sie wollen unbedingt einen Frieden mit Syrien, aber die Golanhöhen wollen sie nicht zurückgeben. Sie bewundern Arafats Kampf gegen die Hamas-Bewegung, aber sie sind nicht bereit, dem Polizisten Gewehre zu geben. Solange es um allgemeine Friedensprogramme geht, ist auch die Regierung damit einverstanden. Aber wenn's um Geld geht, wird die Regierung zurückhaltend. Sie hat uns das Budget für 1997 bereits um eine halbe Million Dollar gekürzt. Die Regierung ist in Worten für den Frieden, aber in Taten macht sie das Gegenteil.

NW: Es scheint, als würde die Regierung

Netanyahu die letzten Chancen des von seinen Vorgängern Rabin und Perez eingeleiteten Friedensprozesses verspielen. Das Motto «Land gegen Frieden» dürfte einstweilen der Vergangenheit angehören. In seiner Regierungserklärung hat der neue Ministerpräsident die Ausweitung des Siedlungsprogramms in den besetzten Gebieten angekündigt, das ungeteilte Jerusalem als Israels Hauptstadt festgeschrieben und einen Palästinenserstaat ausgeschlossen. Auch bei der jüngsten Krise um die Öffnung des Tunnels von der Klagemauer zur Via dolorosa geht es nicht zuletzt um die Verfügungsgewalt Israels über das besetzte Ostjerusalem. Welchen Frieden will eigentlich die Regierung Netanyahu?

Danny Wieler: Ich sehe das genauso. Netanyahu will eine Pax israelica. Er diktiert die Bedingungen des Friedens, den er will. Das ist natürlich keine Friedenspolitik. Ich hoffe, dass der wiedergewählte Präsident Clinton und die EU Netanyahu zur Einsicht bringen können, wie sehr ihn seine Politik weltweit isolieren wird. Sollte sich die israelische Wirtschaftslage dadurch verschlechtern, so dürfte Netanyahu vielleicht doch noch einen Weg finden für den Friedensprozess.

NW: Aber eigentlich wäre es dem Frieden auch nicht dienlich, wenn die israelische Regierung erst durch äusseren Druck zur Vernunft gebracht würde. Und ist Israel wirtschaftlich noch derart abhängig, dass dieses Druckmittel auch wirklich greift?

Danny Wieler: Natürlich hätte ich es lieber gesehen, wenn der Wille zum Frieden von innen käme. Israel will den Preis des Friedens nicht bezahlen, ist aber auch nicht bereit, die relativ gute Wirtschaftslage der letzten Jahre aufs Spiel zu setzen. Insofern kann Druck von aussen zur Einsicht verhelfen, dass wir den Frieden nicht nur für das palästinensische Volk brauchen, sondern auch für uns selbst. Der andere Druck, der etwas bewirken könnte, wäre eine neue Intifada oder ein Krieg. Weitere Todesopfer wären aber ein zu hoher Preis.

Problematische Direktwahl des Ministerpräsidenten

NW: Die Gewaltakte vor den letzten Wahlen haben allerdings nicht zur Einsicht in die Notwendigkeit des Friedensprozesses geführt, sondern die Polarisierung auf die Spitze getrieben und das Vorurteil bestätigt: «Mit denen kann man doch gar keinen Frieden schliessen.»

Danny Wieler: Nicht ausschliesslich. Die Frage ist, wo sich das politische Zentrum befindet. Dieses hat sich bei den Wahlen nur leicht nach rechts verschoben. Es ging um 30 000 Stimmen für Netanyahu. Rabin aber hat 1992 nur mit 5000 Stimmen gewonnen. Der Eindruck, Israel hätte mit dem Oslo-Abkommen eine Wende vollzogen, trügt. Rabin und Perez haben eines Tages beschlossen, Frieden zu machen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung hat sich viel zu wenig damit auseinandergesetzt. Sie hat nur festgestellt, dass die Autobus-Bomben noch schlimmer wurden. Darum haben viele zu Netanyahu gewechselt, der ihnen einen «sicheren Frieden» versprochen hat.

NW: Wie hat sich die erstmalige Direktwahl des Ministerpräsidenten ausgewirkt? Bei der Knesset-Wahl haben die grossen Parteien ja massiv Stimmen an die religiösen Parteien verloren. Aber die Arbeiterpartei hat immer noch mehr Mandate als der Likud. Hätte Netanyahu überhaupt eine Regierung bilden können, wenn er nicht direkt vom Volk gewählt worden wäre?

Danny Wieler: Dann hätte auch Perez eine Koalition bilden können. Wir hätten einfach bei der Gesetzgebung den religiösen Parteien etwas mehr Konzessionen machen müssen. Der Verantwortliche für diesen Systemwechsel heisst Rabin. Das ist das Irrsinnige an der ganzen Sache. Rabin wollte diese Verfassungsrevision, von der ihm alle abgeraten haben, und zwar nur, um damit eine Kandidatur Perez ein für allemal auszuschliessen. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten musste die Arbeiterpartei Rabin als den populäreren Kandidaten nominieren. Aus der Zusammensetzung der Knesset darf man jedenfalls nicht

schliessen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Frieden mit den Palästinensern und Palästinenserinnen ist.

NW: Wäre ein Sturz der Regierung Netanyahu noch möglich?

Danny Wieler: Möglich ist er schon, aber sehr wenig wahrscheinlich. Dazu müssten 61 der 120 Abgeordneten gegen die Regierung stimmen. Dann käme es zu Neuwahlen. Und diese will niemand. Ein Drittel der Abgeordneten ist neu. Um eine *Pension* zu bekommen, müssen sie eine ganze vierjährige Legislaturperiode dem Parlament angehören. Darum ist auch Netanyahu weniger dem Druck der Parteien ausgesetzt.

Frieden aus Opportunismus?

NW: Dass es Frieden nur mit der palästinensischen Seite geben kann, der Friede also auch von der Friedensbereitschaft dieser Seite und nicht von der Stärke der israelischen Armee abhängt, scheint Netanyahu – wie die NZZ kürzlich kommentierte – «ein Greuel» zu sein.

Danny Wieler: Es gibt aber etwas, das für Netanyahu noch wichtiger ist, das ist *Netanyahu selbst*. Er ist weniger ideologisch verankert als seine Vorgänger Begin oder Shamir. Als 47jähriger möchte er gewiss auch im Jahr 2000 wieder kandidieren. Er weiss ganz genau, dass beim Beharren auf einer harten Linie seine Tage gezählt sind. Das Ansehen im Ausland ist für ihn besonders wichtig. Seine Taktik besteht darin, *Arafat* soweit zu bringen, dass neue Verträge ausgehandelt werden. Netanyahu muss mit «Oslo» brechen, wenn er eines seiner vielen Wahlversprechen erfüllen will. Das kann, aber muss nicht unbedingt neue Gewaltausbrüche bedeuten. Auch Arafat ist nicht an einer neuen Intifada interessiert, die ihm den Kopf kosten könnte.

NW: So wie Du Netanyahu und Arafat schilderst, haben sie eines gemeinsam: Sie sind beide Opportunisten. Das würde eigentlich auch Deine Meinung bestätigen, dass sie sich nur dem Druck von aussen beugen werden.

Danny Wieler: Das stimmt hundertprozentig. Sicher wird *Clinton*, der das Abkommen von Oslo mitunterzeichnet hat, sich sehr viel mehr für den Friedensprozess einsetzen, um nicht seine aussenpolitische Glaubwürdigkeit zu verlieren.

NW: Clinton wäre in diesem Bunde dann der dritte Opportunist.

Danny Wieler: Er ist der grösste von allen. Aber Clinton hat auch ein Problem. Er kann nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit nicht mehr wiedergewählt werden. Also muss er jetzt versuchen, in die Geschichtsbücher zu kommen. Ruhmesblätter winken ihm aber nur in der Aussenpolitik und nicht in der Innenpolitik, vor allem nicht, wenn er hier weiterwurstelt wie bis anhin. Würde nach «Bosnien» und «Somalia» auch noch das Osloer Abkommen scheitern, so hätte Clinton nichts Geschichtsträchtiges mehr vorzuweisen. Eines Tages dürfte Clinton daher die beiden Kontrahenten Arafat und Netanyahu zu sich einladen und sie in eine Klausur einschliessen, wie das Präsident Carter mit *Sadat* und *Begin* schon einmal gelungen ist. Wenn man in ein fremdes Land fährt und verhandeln muss, können ganz erstaunliche Dinge passieren.

Das erfahren wir auch in *Givat Haviva*. Wir haben zum Beispiel ein Seminar mit deutschen Multiplikatoren aus Brandenburg und Berlin, vor allem Lehrerinnen und Sozialarbeitern, durchgeführt. Thema war die Auseinandersetzung zwischen «Ossis» und «Wessis». Sie haben die Methode von «Kinder lehren Kinder» benutzt. Erst nach einem Tag erkannten sie die Probleme, die es zwischen ihnen gibt. In der Schlussbesprechung stimmten alle darin überein, dass sie sagten: «Ich hätte nie so offen über meine Gefühle und meine Gedanken gesprochen, wenn diese Tagung in Deutschland durchgeführt worden wäre. Der Aufenthalt in Israel, diese Atmosphäre mit anderen Leuten, dieses andere Modell der Auseinandersetzung hat uns die Möglichkeit gegeben, uns zu öffnen.»

Eine solche Erfahrung könnten auch Netanyahu und Arafat machen, wenn sie entfernt von ihren politischen Hemmungen

und Fussfesseln, miteinander verhandelten. Auch das Oslo-Abkommen wurde nicht in Israel ausgehandelt. Solche Hoffnungen muss man sich lassen, sonst wird es ganz dunkel.

NW: Was immer unter guten persönlichen Gesprächsbedingungen ausgehandelt wird, es muss auch noch den eigenen Leuten vermittelt werden.

Danny Wieler: Aber es muss irgendwo beginnen. Wir sind noch nicht einmal am Anfang. Darum spreche ich auch nur von einem Friedensprozess und nicht von einem Frieden. Viele Leute in Israel hegen die naive Vorstellung, als sei Friede wie Instant-Kaffee. Man nimmt das Pulver und giesst heisses Wasser dazu, und schon hat man Kaffee. Etwas Ähnliches erwarten die Leute vom Frieden. Wir schliessen Frieden, dann geht's uns 1. wirtschaftlich gut, 2. bringt uns niemand um und 3. versöhnen wir uns, ohne etwas dafür leisten zu müssen. Es ist eine Naivität zu glauben, dass der Friedensprozess das Ende aller Opfer bedeute.

Darum ist es auch so wichtig, dass alle sich persönlich mit diesem Friedensprozess auseinandersetzen. Nur so kann es zu einer echten Versöhnung zwischen Israelis und dem palästinensischen Volk kommen. Diesem Ziel dient auch unsere Friedensarbeit. Es kommen immerhin 25 000 Leute im Jahr nach Givat Haviva. Auch Leute, die mit der Zwei-Staaten-Lösung nicht einverstanden sind, die wir in Givat Haviva vertreten, unterstützen unsere Begegnungsprogramme, die allen *ohne politische Vorbedingungen* offenstehen.

Für eine Zwei-Staaten-Lösung

NW: Wäre ein Staat Palästina denn überhaupt lebensfähig?

Danny Wieler: Ökonomisch nur in Verbindung mit Israel und Jordanien. Der israelische Geheimdienst sagt schon offen, dass die Absperren palästinensischer Gebiete keinen Sinn haben und keinen Schutz gewährleisten. Sie sind eine populistische Massnahme, aber treiben die palästinensische Bevölkerung noch mehr ins Elend.

NW: Womit für diese Bevölkerung eine Homeland-Situation entsteht.

Danny Wieler: Das ist ganz unnötig und schlecht für den Friedensprozess. Hinzu kommt für Israel das Problem der *Gastarbeiter*, die schon auf 200 000 angewachsen sind. Sie kommen aus Thailand, Rumänien, Nigeria usw. Man lässt die palästinensischen Leute nicht einreisen, die gewillt sind, für die Israelis zu arbeiten, und holt dafür Menschen nach Israel, die von ihren Familien über Meere und Kontinente getrennt leben müssen.

NW: Die Alternative zum «Homeland» wäre ein souveräner Staat Palästina. Wie müsste dieser aussehen? Arafat geht nicht gerade mit dem guten Beispiel eines demokratischen Politikers voran. Bei den ersten Wahlen der Organe für die palästinensische Selbstverwaltung hat er seine Gegenkandidaten eingeschüchtert und die Presse manipuliert. Selbst von Fälschungen der Wahlzettel war die Rede. Was kann für die Stärkung der demokratischen Kräfte in Palästina getan werden?

Danny Wieler: Ich will mich nicht in die inneren Probleme Palästinas einmischen. Ich habe meine eigenen Probleme mit Israel und will nicht überheblich sein gegenüber dieser Entwicklung zu einem palästinensischen Staat. Sicher sollten die Israelis das palästinensische Volk nicht darüber belehren, was es in seinem eigenen Staat zu tun hat.

NW: Deine Friedensarbeit kann doch die Art und Weise des politischen Umgangs, auch in seinen institutionellen Formen, nicht einfach ausblenden.

Danny Wieler: Es ist klar, dass wir in Givat Haviva unseren Besucherinnen und Besuchern gegenüber die *demokratischen Grundwerte* vertreten. Wir machen mit den palästinensischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele Workshops und Seminare zu demokratischen Fragen, bis hin zur Frage, wie man eine Stadtverwaltung demokratisch gestalten kann. Inwieweit diese Beispiele zum Tragen kommen, ist

die freie Entscheidung der palästinensischen Seite.

Beängstigender Fundamentalismus im Nahen Osten

NW: *Müsste ein Staat wie Palästina, aber auch ein Staat wie Israel nicht auf einer laizistischen, also religiös neutralen, Verfassung beruhen, um die verschiedenen Religionen auf seinem Territorium zu integrieren?*

Danny Wieler: Das ist eindeutig. In unserer Region, von Ägypten bis Israel, gewinnt der fanatische Fundamentalismus an Boden. Das macht mir angst. Es gibt in Israel übrigens auch erste Anzeichen eines *christlichen Fundamentalismus*. So kaufen gewisse Sekten immer mehr Grundstücke in Jerusalem auf, damit der Messias im Jahr 2000 komme. Wird das 21. Jahrhundert die Regression in eine fundamentalistische Gesellschaft bringen, mit Unterdrückung anderer Religionen und Meinungen, auch mit Unterdrückung der Frauen?

NW: *Darum bin ich auch etwas erstaunt über Deine Konzessionsbereitschaft gegenüber religiösen Parteien. Dieses Nachgeben läuft doch Gefahr, den Fundamentalismus salonfähig zu machen. Fatal wird es dort, wo im Namen einer höheren Instanz absolute Forderungen in der Politik vertreten werden.*

Danny Wieler: Das ist ja auch das Problem in Israel, dass ein *jüdischer Fundamentalismus* sagt: Das Land darf nicht zurückgegeben werden, weil Gott es uns gegeben hat. Aber nicht alle religiösen Parteien teilen diese Auffassung. Mit den gemässigten religiösen Parteien können wir zusammenarbeiten.

NW: *Und die religiösen Menschen in laizistischen Parteien?*

Danny Wieler: Sie sind Randfiguren. Die meisten religiösen Leute lehnen sich mehr denn je an die religiösen Parteien an. Das haben diese Wahlen bewiesen. Und die Linke trägt daran eine Mitschuld. Das Unglück ist, dass es mit Ausnahme der Shas-Partei keine gemässigte religiöse Partei gibt.

NW: *Ist es nicht auch ein Unglück, dass religiöse Leute in den übrigen Parteien nur Randfiguren sind, dass insbesondere die Linken nicht religiös und die Religiösen nicht links sind?*

Danny Wieler: Die jüdische Religion hat sich vor allem dann in die Politik eingemischt, wenn es um Geld ging, und damit einen grossen Teil der säkular eingestellten Bevölkerung abgestossen. Da sich der Durchschnitts-Israeli unter Religion nur noch *Orthodoxie im übelsten Sinne* vorstellen kann, ist niemand mehr bereit, Religion und säkulare Politik zusammenzubringen. Anders als in den USA konnte die religiöse Reformbewegung innerhalb des Judentums in Israel nie recht Fuss fassen.

Angst verhindert Solidarität

NW: *Du kommst immer wieder zu Vorträgen in die Schweiz. Du bist in Zürich aufgewachsen und vor 30 Jahren nach Israel ausgewandert. Wie siehst Du unser Land aus der geographischen und zeitlichen Distanz?*

Danny Wieler: Dieses Land hat sich zu wenig verändert. Die Angst, etwas zu wagen, sich zu profilieren, hindert die Schweiz, solidarisch mit Menschen zu sein, die Hilfe brauchen. Wer in der Schweiz geboren wurde, ist *privilegiert*. Er lebt in einem Land, das seit über hundert Jahren keinen Krieg mehr gekannt hat. Dank der ausgezeichneten Erziehung und Bildung, die ich in Zürich bekommen habe, fühlte ich mich verpflichtet, etwas davon weiterzugeben. Ich bin nach Israel gegangen, weil ich Jude war. Sonst wäre ich woanders hingegangen.

Ich glaube, die Schweiz, die das Rote Kreuz erfunden hat, ist heute viel zu sehr in sich gekehrt. Warum macht sie nicht mehr aus ihrer Tradition als einer multikulturellen Gesellschaft? Warum gibt es in Bern oder Zürich nicht das grösste Institut für multikulturelle Verständigung durch föderalistische Institutionen? Das könnte ja auch ein *Modell für Israel und Palästina* sein.